

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Festsendung ins Haus für Groß-Vertrieb 4.— M., bei kleinstem Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Festsendung unter Schriftband für Deutschland 4.30 M., für Ausland 1.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interate haben die achtgepalt. Transportgebühren oder deren Name 1.20 M., Wortanzeigen bei festgesetzter Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Leerraumgebühr 70 Pf. Bei Familien- u. Vereinsabonnements gilt der Zuschlag fest. Interate für den besagten folgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen.

Gesamter Abteilungs: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9766

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die bedrohte Versammlungsfreiheit.

Militärische Provokationen.

Dem Metallarbeiterverband ist gestern nachmittag folgendes Schreiben des Polizeipräsidenten Ernst zugestellt worden:

In der „Freiheit“ vom 20. 9. 19 sind 30 Versammlungen der organisierten Arbeiter Groß-Berlins vom Metallarbeiter-Verband einberufen. Diese Versammlungen sind nicht angemeldet und genehmigt. Sie sind daher unzulässig und müssen nach den bestehenden Bestimmungen verblüdet werden. In der selbstverständlichen Überzeugung, daß dem Metallarbeiter-Verband der Wille einer Verechtung der Anordnungen des Oberkommandos fern liegt, ersuche ich ergebenst, die geeigneten Schritte zu ergreifen, um die Versammlungen nicht stattfinden zu lassen. Gegen gleichwohl stattfindende Versammlungen unter freiem Himmel müßte eingeschritten werden.

Gleichzeitig mit diesem Schreiben veröffentlichte das Wolffsche Telegraphen-Bureau eine amtliche Erklärung der Regierung, in der behauptet wurde, daß sehr starke Kräfte am Werke seien, um die Lohnbewegung der Metallarbeiter in das politische Fahrwasser zu steuern, und daß behauptet, daß dieser Streik zur Vorbereitung einer neuen gewalttätigen Umsturzabewegung ausgeht werden sollte.

Damit ist denn auch diesmal das Stichwort gefunden, diese rein wirtschaftliche Bewegung der Berliner Metallarbeiter mit politischen Absichten zu verquiden, um daraus den Anlaß für gewalttätige Unterdrückungsmaßnahmen dieses wirtschaftlichen Streiks herzuleiten. Die Berliner Metallarbeiter streifen, weil sie in dem Vorgehen der Unternehmer einen grobangelegten systematischen Verrat für die Herabsetzung der Löhne erblicken. Diesem Verrat der Unternehmer leistet die Regierung Vorschub, obwohl gerade gegenwärtig durch ihre Maßnahmen fast täglich eine Steigerung der Lebensbedürfnisse eintritt und ein Abbau der Löhne in dieser Zeit eine gewalttätige und unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung der Massen bedeuten würde. Mit Recht wenden sich deshalb die Berliner Metallarbeiter gegen diese Absichten der Unternehmer und es ist eine Selbstverständlichkeit, wenn sie die übrige Arbeiterchaft über die Bedeutung ihres Kampfes zu unterrichten suchen.

Daß beratige Versammlungen auf das Betreiben militärischer Stellen verboten werden, ist das weithin sichtbare Zeichen für die innige Geistesgemeinschaft, die zwischen den Unternehmern, der jetzigen Regierung und ihren militärischen Herrschern besteht. Gewerkschaftsversammlungen dürfen selbst in der wilhelmianischen Zeit ohne Anknüpfung stattfinden. Und auch die gegenwärtigen Bestimmungen bieten in keiner Weise eine Garantie, Gewerkschaftsversammlungen zu unterdrücken. Das ist zwar bereits am Dienstag geschehen, aber eine amtliche Auslassung bezieht sich zu vernehmen, daß hier ein „bedauerliches Mißverständnis“ vorzuliegen habe. Wie wenig es sich aber um ein „Mißverständnis“ handelt, sondern wie sehr die der Metallarbeiterbewegung feindliche Stimmung dabei den Ausschlag gibt, das zeigt das von militärischer Seite durchgeführte Verbot der dreißig Versammlungen.

Nach dem Friedensgeheul, das die bürgerliche Presse wegen des Verbots der Versammlungen anstimmte, und insbesondere nach der Haltung, die das Reichsarbeitsministerium einnimmt, kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß alle diese Maßnahmen gegen den Metallarbeiterstreik auf sich gerichtet sind. Bereitwillig hat der Metallarbeiterverband die Vermittlung des Oberbürgermeisters Vermuth angenommen, aber kühl und zurückhaltend verhält sich der Reichsarbeitsminister Schilde. Er mußte erst durch die Streikleitung energisch gedrängt werden, ehe er sich veranlaßt sah, Schritte zur Aufhebung des Versammlungsverbotes zu unternehmen. Aber da nichts das Verbot der Versammlungen rechtfertigen kann, so war er schließlich nicht imstande, sich dieser Aufgabe zu entziehen.

Die Versammlungen also werden stattfinden. Wir wissen zwar, daß die Regierung alle militärischen Vorbereitungen zu ihrer gewalttätigen Unterdrückung getroffen hat und daß starke Einflüsse am Werke sind, die diese Gelegenheit zum Eingreifen nicht unbenutzt machen vorübergeben lassen. Die Verantwortung aber für alle daraus etwa entstehenden Folgen trägt die Regierung in vollem Umfang. Denn die Berliner Arbeiterchaft, insbesondere die Ber-

liner Metallarbeiter, haben in dem bisherigen Verlauf ihrer Bewegung gezeigt, daß sie Disziplin und Ordnung zu wahren bestreben. Sie werden das auch heute tun, um denjenigen, die Gelegenheit zur Arbeit suchen, den erwünschten Vorwand dafür zu nehmen.



An die Berliner Arbeiterschaft!

Die Fünfeckerkommission hat im Verein mit dem Reichsarbeitsministerium bei den maßgebenden Stellen die notwendigen Schritte eingeleitet, das Versammlungsverbot aufzuheben.

Die 30 Versammlungen werden deshalb zu der angegebenen Zeit stattfinden.

Mitgliedsbuch einer Gewerkschaft oder Streikkarte legitimiert, ohne Legitimation kein Zutritt.

Die Fünfeckerkommission. Das Metallkartell.



Der Eisenstreik in England.

Der Streik der Eisenbahner dauert unvermindert fort. Mehr als 95 v. H. aller englischen Züge stehen still. Sowohl die amtlichen Berichte der englischen Regierung als auch die Meldungen der kapitalistischen Presse Englands lassen deutlich das Bestreben erkennen, durch tendenziöse Berichte über angebliche Streikverlust und über große Meldungen freiwilliger Streikbrecher, Uneinigkeit in die Reihen der Streikenden zu bringen.

Drohender Verkehrsstreik in London.

Amsterdam, 1. Oktober.

Wie das Reutersche Bureau aus London meldet, ist der Eintritt der Straßenbahn-, Omnibus- und Droshkenträger in den Streik möglich.

Die Transportarbeiter für einen Sympathiestreik.

London, 1. Oktober.

Die Regierung teilt mit, daß im Eisenbahnverkehr eine Besserung eingetreten ist. Die Bevölkerung ist dringend ersucht worden, im Verbrauch von Petroleum, Kohlen und Lebensmitteln äußerste Sparsamkeit walten zu lassen. Viele Stahlwerke im Norden Englands, die in 98 Vereinigungen zusammengeschlossen sind, treten heute morgen gemeinsam mit dem Transportarbeiterverband zu einer Konferenz mit den Führern der Eisenbahner zusammen. Viele Transportarbeiter sind für einen Streik zur Unterstützung der Eisenbahner.

Die Gefangenenheimkehr aus Frankreich.

Wie die Reich-Zentralstelle für Krieg- und Zivilgefangene meldet, hat die schweizerische Gefangenschaft in Paris offiziell mitgeteilt, daß die in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen sofort nach der Ratifizierung des Friedens in die Heimat zurücktransportiert werden. Da die Ratifizierung wahrscheinlich in den nächsten Tagen vollzogen wird, kann somit mit einem baldigen Abtransport gerechnet werden.

Wie ferner mitgeteilt wird, sind in den Tagen vom 21. bis zum 30. September im Ganzen 62 423 Geiseln in den Turangaogelagern eingetroffen. Die Gesamtzahl der und seit der Note der Allierten vom 29. August zurückgegebenen Kriegsgefangenen beläuft sich auf rund 130 000 Mann.

Regierungsbildung.

Die Verhandlungen mit den Demokraten über den Eintritt in die Regierung haben zu dem erwarteten Resultat geführt. Die Demokraten übernehmen das Ministerium der Justiz, dessen Leiter gleichzeitig mit der Vertretung des Reichsanwalts beauftragt werden wird, das Ministerium des Innern sowie das neue Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen, insbesondere des Wiederaufbaus Nordfrankreichs und Belgiens. Diesem Ministerium werden zugleich die wichtigen Aufgaben der Entschädigung der Auslandsdeutschen, der Entschädigung der Kolonialdeutschen, der Abwicklung der Vorkriegsschulden und der Zwangsliquidationen sowie der Entschädigung für unsere Handelsflotte zugewiesen. Minister David wird dem Kabinett als Minister ohne Portefeuille angehören. Der Interfraktionelle Ausschuss tritt wie früher unter dem Vorsitz des Herrn von Bager wieder in Tätigkeit. Die Minister werden im Laufe des heutigen Tages ernannt werden. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, sind bei den Verhandlungen die demokratischen Forderungen in allen Punkten bewilligt worden. Insbesondere ist man den Demokraten in der Frage des Betriebsrätegesetzes entgegengekommen. Den Posten des Justizministers wird dem „Berliner Tageblatt“ zufolge Herr Schiffer übernehmen; er wird also auch das Amt des Vizelandesverwalters bekleiden. Die bisherigen Minister verbleiben in ihren Ämtern.

Diese Umbildung des Ministeriums wird außerhalb der beteiligten Parteien völlig gleichgültig aufgenommen werden. Die Verschlechterung des Betriebsrätegesetzes, mit dem der Eintritt der Demokraten erlaubt worden ist, beweist zwar, daß die kapitalistisch-bürgerliche Richtung in der Regierung noch ein wenig mehr zur Geltung kommen wird als bisher, aber diese kleinen Details erwecken heute kein großes Interesse.

Der Zweck der Uebung bliebe überhaupt unklar, wenn man nicht wüßte, daß die Rechtssozialisten durch die möglichst große Ausdehnung der Koalition mit bürgerlichen Parteien ihre Machtposition zu festigen trachten. Die Rechtssozialisten wissen, daß sie außerordentlich viel Boden verloren haben. Sie wissen, daß Neuwahlen für sie sehr ungünstig wären, und möchten daher diese möglichst hinausschieben. Das widerpricht zwar durchaus den klaren Bestimmungen über die Nationalversammlung; deren Mandat läuft ab, sobald die Verfassung und der Friedensvertrag erledigt sind, was bekanntlich der Fall ist. Außerdem sollte sie die dringendsten Gesetze beschließen. Es ist ganz klar, daß damit nur die allernotwendigsten und unaufschiebbaren Gesetze gemeint waren. Man kann schon zweifelhaft sein, ob die Nationalversammlung noch das Recht hat, Steuererlasse zu erlassen. Die Rechtssozialisten scheinen aber zu beabsichtigen, die Nationalversammlung noch darüber hinaus möglichst lange zusammen zu halten. Sie soll noch die Gesetze über die Wahl des Reichspräsidenten und des neuen Reichstages verabschieden. Nun könnten diese Gesetze, da die Grundzüge in der Verfassung festgelegt sind, innerhalb ganz kurzer Zeit erledigt werden. Die Rechtssozialisten weinen aber doch sorgen zu wollen, daß damit noch möglichst viel Zeit vertrieben resp. für ihre Abgeordneten gewonnen wird. Aus demselben Grunde wollen sie noch alle möglichen und sehr unfruchtlichen wirtschaftlichen Vorlagen vor die Nationalversammlung bringen. Nun widerpricht das aber nicht nur dem Gesetz, sondern auch dem Geist der von ihnen so gepriesenen Demokratie, denn daß diese Nationalversammlung längst nicht mehr der Ausdruck des Volkswillens ist, wird wohl von keiner Seite ernstlich bestritten.

In diese unangenehme Situation möchten die Rechtssozialisten natürlich möglichst viel Parteien an ihre Regierung interessieren und daher ihr Bemühen, die Demokraten wieder in die Regierung aufzunehmen. Es ist die reine Macht- und Mandatsverlebenspolitik. Aber glauben die Herren wirklich, mit solchen Mitteln noch lange fortwirklichkeiten zu können?

Die ganze Art der Regierungsbildung ist übrigens ein Paradoxon des parlamentarischen Systems. Anderswo drückt das Parlament seinen politischen Willen durch bestimmte Beschlüsse aus, auf Grund deren dann die Bildung einer neuen Regierung erfolgt. Hier wird hinter

dem Willen des Parlaments zwischen den Fraktionen solange geschwebend, bis schließlich eine neue Regierung herauskommt. Programm und Auswahl der Personen wird in diesen verwickelten Fraktionsstellungen erledigt. Von einer wirklichen parlamentarischen Willensbildung ist ebensowenig die Rede wie von der Auswahl der Personen durch den Ministerpräsidenten. Resultat ist nicht eine wirklich parlamentarische Regierung, sondern die Regierung der Fraktionsvorsitzenden. Ein schlechtes politisches System, aber es befriedigt über den Gehalt der leitenden Parteibureaufrauen. Und das ist doch auch etwas!

Die Valutafragen in der Nationalversammlung.

Die erste Besetzung des Kammerpräsidenten ging gestern nach kurzen Reden der Abgeordneten Dohna und Cohn, denen der Unterstaatssekretär Bewald eine persönliche Bemerkung anfügigen Anlaß fand, in Frieden zu Ende.

Genosse Cohn betonte noch einmal, daß das Reich hoffbar gemacht werden müsse. Aufgebracht drüben die Gelder werden durch Zuschläge zur Einkommen- und Vermögenssteuer. Was Dohna befürchtete dadurch eine unerträgliche Belastung der Reichsbevölkerung, er übersehe aber, daß besonders durch die Gemeinden die Armen und Vermögenden ungleich schwerer belastet werden. Diese Belastung werde noch kolossal vermehrt werden, wenn der schenksmäßige Umsatzsteuergesetzentwurf Gesetz werde. Dem Unterstaatssekretär Bewald bemerkte er, daß die Einwohnerzahl nicht dazu geeignet seien, Anrufen zu verhindern, wohl aber, sie herbeizuführen, denn sie seien Orte reaktionären Geistes geworden. Daß die Revolution noch nicht gestiftet habe, werde übrigens dadurch bewiesen, daß Herr Bewald, der während des Krieges die schrecklichsten Dinge verteidigt habe, im Parlament noch immer seine Ratschläge erteilen könne. Der Redner begründete dann unter Bezugnahme auf einige Paragraphen seine ablehnende Haltung. Der Entwurf ging an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Nach Umstellung der Tagesordnung ging das Haus dann zur Besprechung der Interpellation Heintze und Gen. betr. die Valuta über. Abg. Dr. Hugo begründete sie in überaus oberflächlicher Rede, die ihre Spitzen gegen Erzberger richtete. Im Geiste Roskes — s. h. mit Härte, will er die Valutafrage gelöst sehen. Ja, wenn da der Nationalismus nur nicht verlagte. Gerade diese Kriegsmiserektionen der Rechtsparteien übrigens, die ihr Möglichstes für den Ausbruch und die Verlängerung des Krieges getan haben, beklagen sich jetzt am bittersten über seine Folgen. Eine andere Regierung, meinen sie, und alles wäre wieder gut. Von einer Kenntnis der Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion, aus denen heraus allein die Valutafrage richtig erfasst und beantwortet werden kann, keine Spur.

Von solcher Kenntnis ist übrigens auch in einer Denkschrift: Zur Valutafrage nichts zu entdecken, die Herr Erzberger, der Reichsminister der Finanzen, dem „Hohen Hause“ gerade jetzt hat zugehen lassen. Es wird darin die Entwicklung der Valutabewegung während des Krieges, die Gründe für den Niedergang bis zur Revolution, frühere Gegenmaßnahmen, die Gründe für die Valutawertung seit der Revolution und endlich die neuen Maßnahmen zur Hebung der Valuta besprochen. Alle — wenn auch schwach begründeten Erwartungen — die an das sprunghafte Steigen der Valuta nach dem deutschen Waffenstillstandsangebot geknüpft worden waren, sind seit dem Ausbruch der Revolution „gründlich vernichtet“, heißt es in der Denkschrift. „Nur die Valuta ist seither auf einem Tiefstand angelangt, der auch in der ernstesten Lage der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen für unmöglich erachtet worden wäre.“ Es wird dann dargelegt, daß und wie ungünstig die wirtschaftliche Lage des Reiches beim Abschluß des Waffenstillstandsvertrages war. „Das Land war durch den Kriegswirtschafts- (Der Verzicht) auf Lebensmitteln, Rohstoffen, ausländischen Zahlungsmitteln entblüht. Riesengroße Einfuhr ohne ausreichende Ausfuhr. Kreditverweigerung des Auslandes, deshalb Zahlung in Gold. Wirkung: Verringering des Goldbestandes der Reichsbank bis auf weniger als die Hälfte, Veräußerung der letzten Reserven aus den ohnehin schon stark gelichteten Beständen an ausländischen Wertpapieren. Dann die private Verplünderung großer Summen von Markzahlungsmitteln ins Ausland, der Lebensmittel? — nein immer um des kapitalistischen Profites willen. Natürlich fanden diese Zahlungsmittel nur unter starkem Kursdruck Aufnahme im Ausland.“

Dann die „schwerwiegendsten unpolitischen Verhältnisse“, lautet Herr Erzberger. „Die ständigen Anrufen, Streiks und Lohnbewegungen haben den Arbeitertrieb stark beeinträchtigt, jedenfalls (1) haben sie ein rationelles Arbeiten und eine gezielte, planvolle Ausfuhr von Fertigwaren bisher unmöglich gemacht.“ Freilich, Herr Erzberger ist ein Mann der Gerechtigkeit. Auch das „Roch im Westen“ ist Ursache des schlechten Valutastandes. „Die völlige Durchbrechung der Devisenordnung in fremen Gebieten (des Westens) hat zu deren vorzeitiger Aufhebung geführt, schrankenlos wird aus den feindlichen Nachbarländern unser Land mit Massen von Luxuswaren überschwemmt, und schrankenlos ergießen sich ungeheure Summen Markgeldes über das Ausland, dort die deutschen Wechselkurse drückend und zu umfangreichen Waisenspekulationen in Paris herausfordernd.“ In der Tat, dem ist so. Ja, das muß sogar so sein, Herr Erzberger, so lange die kapitalistische Warenproduktion, die Sie um des Gewinns willen — oder ist es umgekehrt? — erhalten wollen, ihren Sie und Preisgleichheit betreibenden Hauber läßt. Werken Sie, Herr Erzberger, daß da nur noch der Sozialismus helfen kann? Nein, Sie merken's nicht.

Die Denkschrift erwähnt auch die Kapitalflucht ins Ausland. Ursache: teils die Angst vor dem Terror in München, Berlin und vielen anderen Städten, teils „um dem Steuerzugriff zu entgehen“. Ja, ja, der Terror und der Steuerzugriff sind gleich schreckliche Gesellen. Interessant ist die Entfaltung eines Geheimnisses: „Die Umstände nötigen manchmal, die möglichen schweren Folgen der Kohlennot, Verkehrsnot und Arbeitsverringering schwarz und ungeschminkt vor Augen zu führen.“ Wann und wenn denn? Sino, wenn Herr Roske die Entente zu überzeugen sucht, weshalb es nicht angeht, die Truppen auf die Kopfzahl von 200.000 zu reduzieren? Genug: „Das erste große Mittel zur Behebung der Kohlennot, das einzige, das dauernd helfen kann, lautet: innere Ruhe, innere Ordnung, unermüdbare geregelte Arbeit, strengste Sparsamkeit (siehe Vallium) auf allen Gebieten. Die Ausfuhrung erscheint im Augenblick leider unmöglich.“ Ja, so heißt es um die neuen Maßnahmen zur Hebung der Valuta. Zur Zeit ist ihre Ausführung leider unmöglich. Sollte

das nicht wiederum auf den Markkurs drücken und ist das nicht Aufgabe des Bankrotts der Regierung?

Ach, auch die Besprechung der Interpellation beachte so wenig wie ihre Begründung (oder die Denkschrift Erzbergers) irgend einen Schlüssel in dieses Dunkel. Auch die Rede Erzbergers war nichts Besonderes, es sei denn, daß die Worte: „Sie bekommen, meine Herren, die Zwangsarbeit“, ein Schlüssel für die kapitalistische Weltanschauung ist. Aber sind sie denn auch eine Gewähr für „innere Ruhe, innere Ordnung, unermüdbare, geregelte Arbeit“?

Herr Erzberger redet in der Tat, als wolle er den Kapitalisten mitzureden. Er sprach er davon, daß die Arbeit selbst immer mehr überzogen würde, daß die Effektivität wieder eingeführt werden muß. Und weiter: mit den Interessenten wird verhandelt, und soll weiter verhandelt werden. Herr Erzberger war offenbar sehr zufrieden mit sich, denn er schloß, die Interpellanten hätten nicht ein einziges neues Mittel zur Hebung der Valuta zu nennen gehabt. Da ist er ihnen freilich gewaltig über, man denke: Zwangsarbeit, Effektivität — na, und das übrige besorgt Roske.

Dr. Braun von den Rechtssozialisten konnte leicht spotten über die Theorie des Herrn Erzberger, sie ist wirklich nicht davor lebend. Mit Recht hob Braun hervor, daß die Weltrevolution eine ganz allgemeine Erscheinung ist, der gegenüber es verhängnisvoll wäre, die Zwangsarbeit völlig aufzugeben, wonach die profitierenden Kapitalisten aller Art so ausdauernd stürmisch rufen. Auch darin hatte Braun sehr recht, daß der Krieg die eine große Ursache für all die schlimmen Dinge ist, unter denen wir leiden und daß er auch durch die 14-jährige Arbeitsentwöhnung am meisten dazu beigetragen hat, die Arbeitsunlust zu erzeugen. Kurz, daß dann doch auch die Rechtssozialisten eine große Schuld auf sich geladen haben, indem sie so eminent dazu beitrugen, den Krieg 14 Jahre wüsten zu lassen.

Herr Gothein geriet sich gern als Kenner des Wirtschaftens und seiner Gesetze, aber was er zur Valutafrage zu sagen wollte, war ein manchesterlicher Kreislauf, der an ein spielendes Rätschen erinnerte, das sich durchsamt ins Schwänzchen beugen möchte. Wiederherstellung der Sittlichkeit, Arbeitswillen des Volkes und geordnete Finanzwirtschaft, das waren schließlich die Heilmittel, die er nannte, und das sagt genug. Seine Parteifreunde hätten es ansehend für das geratenste, während seiner Rede außerhalb des Saales zu weilen. Nicht ein einziger war anwesend, als er zu Ende war.

Der Reichsminister Schmidt verzogte Gotheins ökonomische Lehre, daß die Inlandspreise mit den Weltmarktpreisen in Einklang gebracht werden müßten, indem er bemerkte, dann müßten die Löhne enorm erhöht werden und viele die Valuta dann, so müßten sie wieder herabgesetzt werden. So ginge es nicht. Seit 1907 seien die Preise der Lebenshaltung so etwa um das Dreifache gestiegen. Er hätte hinzufügen sollen, daß die Löhne damit vielfach nicht Stange gehalten haben. In langfristigen Krediten sieht Schmidt ein Heilmittel, und darin hat er ein wenig recht, wenn soweit überhaupt noch etwas zu retten ist.

Nachdem dann noch der deutsch-nationale Agrarier Schiele gesprochen hatte, war es bis zum letzten völlig klar, daß diese Debatte weder zur Hebung der Valuta noch zur Hebung des Ansehens der Nationalversammlung beigetragen hatte. Heute geht trotzdem weiter.

Die Heeresausgaben.

Die „Freiheit“ wird auf offiziellsten Wunsch angegriffen, weil sie Roskes Aeußerung, die deutschen Heeresausgaben seien so groß, weil nach dem Osten immer mehr Leute geschickt werden müßten, um die Heimat vor dem Bolschewismus zu schützen, darin verstanden hat, es handele sich bei dem Osten um das Baltikum, während Roske „natürlich“ nur Ostpreußen gemeint habe. Darauf wüßte zunächst zu sagen, daß, wenn die Regierung in wichtigen Fragen Erklärungen abgeben will, sie sich dazu eben eines anderen Sprachrohres als des Roske bedienen muß, wenn sie nicht Mißverständnisse ausgeht sein soll. Im übrigen aber, glauben wir, war es gar kein Mißverständnis. Das militärische Abenteuer im Baltikum kostet dem deutschen Staat ungeheure Summen, die erspart geblieben wären, wenn es schon, wie es demnächstig gewesen wäre, vor vielen Monaten landiert worden wäre. Damit konnte also die außerordentliche Höhe der Heeresausgaben zur Not erklärt werden, nicht aber mit Ausgaben in Ostpreußen.

Aber was Roske gemeint oder nicht gemeint hat, ist schließlich egal. Was wir fordern, ist, daß endlich diese ganze Interventionenpolitik gegen Sowjet-Rußland aufhöre. Die deutsche Regierung hat diese Politik in einem früheren Stadium sehr aktiv unterstützt, in letzter Zeit mindestens die nötige Energie, ihr ein Ende zu machen, vermissen lassen. Jetzt haben wir dadurch uns einen Konflikt mit der Entente eingewirkt, der das ganze deutsche Volk mit den schwersten wirtschaftlichen Schädigungen bedroht. Da wäre es Pflicht der deutschen Presse, soweit sie nicht alldemokratisch und monarchistisch ist, unsere Forderung nach Liquidierung der Ostpolitik energisch zu unterstützen, statt die offiziösen Ausreden, noch dazu mit verleumderischer Gehässigkeit verziert, weiter zu verbreiten.

Die Pressefreiheit im Reich Oberts.

Im Bereiche des VII. Armeekorps (Münster) wird die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei mit besonderer Fürsorge bedacht. Freiherr v. Watter, der kommandierende General und der Reichskommissar Severing sorgen mit peinlicher Sorgfalt dafür, daß die dortige Bevölkerung mit den Gedanken der U. S. V. D. nicht vertriebt wird. Der Vertrieb der „Freiheit“ und anderer „parteilicher“ Organe ist seit Monaten verboten. Herr Watter und sein Apostel Severing befürchten aber noch immer, daß eines der ihnen verbotenen Blätter auf Schwabwegen in die Hände der Bevölkerung gelangen könnte. Die Furcht vor der Wahrheit ist bei ihnen derartig groß, daß sie sich erneut veranlaßt sehen, Maßnahmen zu ergreifen, um auch die letzte Bezugsmöglichkeit zu verstopfen. Das Generalkommando des VII. Armeekorps hat zu diesem Zwecke an die Staatsanwaltschaft in Elberfeld unter dem 21. August ein Schreiben gerichtet, in dem es darauf hinweist, mit allen Mitteln den Vertrieb der verbotenen Zeitungen zu unterbinden. Dem Schreiben ist eine Liste beigelegt, die die Namen der gefährdeten Zeitungen enthält. Danach stehen auf der schwarzen Liste:

1. „Freiheit“, Berlin; 2. „Republik“, Berlin; 3. „Der Kämpfer“, Chemnitz; 4. „Gallatiner“, Berlin; 5. „Der Frontier“, Berlin; 6. „Die rote Fahne“, Berlin; 7. „Die junge Garde“, Berlin; 8. „Der Arbeiter“, Berlin; 9. „Die Weltrevolution“, Berlin;

10. „Spartakus“, Berlin; 11. „Mittelzeitung“, Berlin; 12. „Sonderblatt“, Berlin; 13. „Die Glocke“, Berlin; 14. „Der Kampf“, Dortmund; 15. „Gallatiner“, Braunschweig; 16. „Der Kommunist“, Bremen; 17. „Die Kommunistin“, Stuttgart; 18. „Spartakus“, Essen; 19. „Der Kommunist“, Dresden; 20. „Der Kämpfer“, Berlin; 21. „Der freie Kämpfer“, Dresden; 22. „Am Branger“, Hellaue bei Dresden; 23. „Der Klassenkampf“, Wittenberg; 24. „Die Kämpferin“, Leipzig; 25. „Der Pfing“, Chemnitz.

Daß neben kommunistischen und Wätiern, die die Politik der U. S. V. vertreten, auch die „Glocke“ des Renegaten Parvus vom Schicksal der Verbannung ereilt wurde, ist ein Kuriosum, für das der geschäftlich- und kriegerisch-pekuniarbedürftige Herr Parvus mit seinem Nachbarn sozialistischer „Republik“ vielleicht Empörung empfinden, die übrige Welt aber nur ein humorvolles Lächeln übrig haben wird.

Reichszuschuß für Lebensmittel.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ergeben die bevorstehende Verbesserung der Ernährung sowie die Mehrkosten des Lebensmittelbedarfes für das Halbjahr Oktober 1919 bis April 1920 ungefähr eine Differenz von 3½ Milliarden Mark. Dieser gefamte Betrag wird ausschließlich vom Reich übernommen werden.

Der Gothaer Abfindungsschwandel.

Bekanntlich gehen die Abhängigen — um des preussischen Finanzministers Südekums beabsichtigtes 170 Millionenentscheid an Wilhelm II. plausibel zu machen — mit der Behauptung freiben, die unabhängige Gothaer Landtagmehrheit habe dem ehemaligen Herzog von Koburg-Gotha aus freien Stücken eine Abfindungssumme bewilligt. In Wahrheit liegen die Dinge so, daß der Gothaer Landtag die entschädigungslose Enteignung des Herzogs beschloß. Dieser wird jetzt klagar gegen die Gothaer Regierung vorgehen. — Dagegen wurde vom Koburger Landtage, in welchem unsere Genossen seit ohne Einfluß sind, dem Herzoge eine Entschädigung zugesprochen. Indem man beide Landtage identifiziert und den Koburger Beschluß herausgeholt, sucht man ihn unseren Gothaer Genossen und dem Gothaer Landtag, den sie beherrschen, anzuhängen.

Diese Festsstellung läßt selber den Abhängigen abermals eine schöne Agitationsblüte gegen die verhasste U. S. V.

Vorläufige Ratifikation des Friedensvertrages in Italien.

Rom, 1. Oktober.

Da die Ratifikation in Italien nicht bis nach den Kammerwahlen hinausgeschoben werden kann, so wird der Friedensvertrag vorläufig durch ein kaiserliches Dekret genehmigt werden. Sofort nach der Veröffentlichung dieses Dekretes, das Garantien für die nachfolgende Ratifizierung in der Kammer enthalten dürfte, werden die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den Zentralmächten wieder aufgenommen werden.

Das Kabinett begründet die Auflösung der Kammer mit dem Hinweis auf die lange Legislaturperiode und die geringe Wahrscheinlichkeit, die Ratifikation vor dem 20. Oktober vorzunehmen.

Vor einem Generalstreik in Norwegen.

Wie aus Norwegen berichtet wird, stehen dem Lande durch die Selbstsucht und die Ueberhebung der Unternehmerverbände schwere innere Schwierigkeiten bevor. Infolge des Ausstandes der Arbeiter einiger weniger Buchdruckerbetriebe — etwa 1000 Mann — hatte eine große Arbeiterbewegung sämtliche Buchdruckerbetriebe des ganzen Landes ausgesperrt. Alle Einigungsversuche scheiterten an der Annahme des Unternehmerverbandes, der sich auf keinerlei wirkliche Zugeständnisse einlassen wollte. Infolgedessen hat die Zentralorganisation der norwegischen Gewerkschaften zum 3. Oktober den Generalstreik aller norwegischen Arbeiter mit alleiniger Ausnahme der Eisenwerke verkündet. Auch die Einstellung des gesamten, für Norwegen besonders wichtigen Küstenverkehrs ist beschlossen worden.

Der Kampf gegen die Betriebsräte.

Die Unternehmer führen ihren Kampf gegen die Betriebsräte unermüdet weiter. So hat die in Karlsruhe tagende Versammlung des Verbandes westdeutscher Industrieller in einem einstimmig gefassten Beschluß den Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsräte in seiner heutigen Fassung als für die Industrie absolut unannehmbar bezeichnet. Der Verband erhebt schärfsten Protest gegen das vorgesehene Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angehörigen bei der Leitung der Betriebe und befürchtet von einer Verwirklichung des jetzigen Gesetzeswurfes den völligen Ruin unseres Wirtschaftslebens.

Wir versprechen uns im Gegensatz zu den Herren Industriellen von der Wirksamkeit der Betriebsräte, die allerdings mit noch viel weitergehenden Befugnissen ausgestattet werden müssen, einer Auffassung und einer Neubildung unserer Wirtschaftswirtschaft und der Unternehmervollmacht und der Profitwirtschaft wird es dann allerdings zu Ende sein. Und das ist ja auch der ganze Schmerz.

Die Schreden des weißen Terror.

Der Wiener-Neustädter „Gleichheit“ wird von Flüchtlingen aus Leoben berichtet:

Die Friedrich-Walzen haben bekanntlich eine kindwärtige Verfolgung nicht nur der zur Zeit der Mäterregierung während tätigen Personen, der Kommunisten, eingeleitet, sondern auch alle Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei eingeleitet, viele davon erschossen. Die Gefangenen in Leoben sind überfüllt, die Verhafteten werden nun nach Sizof und anderen Orten gebracht. Viele Genossen sind nach Deutschböhmen geschickt. Aus Wai darüber hat nun die Friedrich-Walzen angeordnet, daß die Frauen und die Kinder aller Flüchtlinge zu internieren sind. Es wurden bereits Verhaftungen von Familien städtischer Genossen vorgenommen. Ob es keine Macht, die dem magischen Gestirne das Handwerk legt?

Während die deutsche Bürgerliche und kleinsozialistische Presse von erwiderten Nachrichten der deutschen Kommunisten angefüllt ist, verächtlichen sie sorgsam alle Greuelthaten der Weiskaristen.

Der Streik in der Metallindustrie.

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre sagte in ihrer Vollversammlung folgende Entschlüsse als Sympathie für die kämpfenden Metallarbeiter:

Die am Mittwoch, den 1. Oktober 1919 von über 2000 Personen besuchte Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre spricht den kämpfenden Berliner Metallarbeitern ihre vollste Sympathie aus. Sie erklart in dem, von einem übermäßig gewordenen Unternehmertum den Metallarbeitern aufgezungenen Kampf einen planmäßigen Versuch, die Arbeiterklasse zu willenlosen Ausbeutungsobjekten herabzubringen.

Die Berliner Metallindustriellen als die prominentesten Vertreter der deutschen Kapitalistenklasse haben vor dem Kriege und während des Krieges durch verbrecherische Ausbeutungsmethoden Zehntausende von Männern, Frauen und Jugendlichen systematisch zugrunde gerichtet. Der Weg zu ihrem sabelhaften Reichtum führte über ungezählte Proletariatsleichen. Vor dem Kriege galten diese Kapitalisten als die treibenden Kräfte des deutschen Imperialismus, sie trugen mit Schuld an dem entsetzlichen Kriege, dem größten Verbrechen, das jemals die Menschheit ertragen mußte. Jetzt schiden sie sich an zu neuen Verbrechen, indem sie ihre, durch den selbstverschuldeten, verlorenen Krieg erschütterte kapitalistische Herrschaft durch erneute Anreicherung und Vernichtung von Proletariatsleichen wieder aufzurichten versuchen.

Der von den Berliner Metallindustriellen geplante verbrecherische Anschlag auf die Lebensmöglichkeit der Arbeiterschaft wird der gesamten deutschen Kapitalistenklasse als Signal zu gleichen Maßnahmen gelten, wenn es nicht gelingt, denselben abzuwehren. Die Berliner Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre erkennen die große Gefahr, die der gesamten deutschen Arbeiterschaft droht. Sie wissen, daß der Kampf der Berliner Metallarbeiter nicht nur zur Abwehr der ihnen angedrohten Vernichtung geführt werden muß, sondern sie erblickt darin das erste Zeichen jener gewaltigen Klassenkämpfe, die das deutsche Proletariat zur Niederwerfung des Kapitalismus führen muß. Darum rufen die Berliner Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre die gesamte Berliner werktätige Bevölkerung, wie auch die werktätige Bevölkerung des ganzen Reiches auf, ihre kämpfenden Brüder mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die Resolution der A. P. D. bezieht sich im wesentlichen mit der der U. S. P. Sie verlangt aber darüber hinaus eine Aktion zur Bekämpfung der Kontrolle in den Betrieben.

Vom Metallarbeiterverband wird uns mitgeteilt: Die Zahl der Beschäftigten, die sich am Streik beteiligen wollen, ist von 175 auf 195 gestiegen. Die Zahl der freigestellten Firmen hat sich von 140 auf 162 erhöht. Die Zahl der Streikenden ist von 84 500 auf 41 200, die Zahl der Ausgesperrten ist von 77 000 auf 79 500 gestiegen.

Die Unternehmer scheuen sich nicht, in Betrieben, in denen sie Ausperrungen vornehmen, auch die Lehrlinge mit auszusperrten. So hat die Maschinenfabrik Oberschöneweide 150 Lehrlinge ausgesperrt.

Die Zahl derjenigen Firmen, die unterschriftlich Forderungen der Arbeiter anerkennen, steigt täglich.

Am Dienstagabend fand Branchensammlungen der Metallformer und Rohrlager durch Aufhebung der neuen Sicherheitsmaßnahme mit Hilfe von Maschinengelehrten und Blamieren verhindert worden. Auf Anfrage beim Polizeipräsidenten wurde uns der Befehl, die Besten der schriftlich eingzureichen. Eine weitere Frage, ob die am Donnerstag stattfindenden 80 Gewerkschaftsversammlungen durch Militärbesatz verhindert werden, wurde von dem Herrn Polizeipräsidenten nicht beantwortet.

Dieselben Geheimpolizisten, die im Hause des Volksgesundheitsrats gebäude haben, haben den Bureaudirektoren des Metallarbeiterverbandes einen Besuch abgelehnt.

Das Betreten der Bureaudirektoren Vintenkraße 83-85 ist nur noch mit Ausweis gestattet. Als Ausweis kommen in Frage Mitgliedsbuch, Legitimationskarten, Kontrollkarten der Streikleitungen usw.

Die Mittwoch morgen 11 Uhr mit dem Reichsarbeitsminister stattgefundenen Unterredung hat zu positivem Erfolg nicht geführt. Die Besprechungen der Parteien mit dem Minister haben getrennt stattgefunden. Der Reichsarbeitsminister hat die Parteien eingeladen, an einer gemeinsamen Besprechung im Reichstage teilzunehmen.

Wie uns von unserer Geschäftsstelle Spandau mitgeteilt wird, läßt die Eisenbahnverwaltung Spandau von Eisenbahnarbeitern die Waggon des Bahnhof Siemensstadt bis zum Werkbahnhof der Firma Siemens durchziehen. Sie gab hierfür den Eisenbahnarbeitern eine Exzuseignung von 10 M. Damit ist bewiesen, daß auch die preußische Eisenbahnverwaltung sich auf die Seite des Kapitals stellt. Man darf an die preußische Eisenbahnverwaltung die Frage richten, woher sie das Recht nimmt, aus Mitteln der Allgemeinen Exzuseignungen an Eisenbahnarbeitern zu zahlen, damit diese den streikenden Arbeitern in den Rücken fallen. Der Eisenbahnverband wird aufgefordert, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Das Metallkartell der Groß-Berliner Gewerkschaften.
Die Ider Kommission.

Achtung! Ludwig Lhwe, Outtenstraße. Die Streikenden holen ihre Wohnung am Donnerstag nach Schluß der Versammlungen ab. Die Kollegen, die an dem Konzertabend teilnehmen wollen, holen die Eintrittskarten von der Streikleitung ab. Das Eintrittsgeld wird erst, gekündet. Wir erwarten, daß sich alle Kollegen daran beteiligen. Die Streikleitung.

H. Vorkh, Teget. Die Kollegen und Kolleginnen der Firma H. Vorkh, Teget, werden ersucht, ihre Wohnung im Kasin in Empfang zu nehmen. Verladung Donnerstag, 9 Uhr, Verladung Donnerstag, nachmittags 9 Uhr. Der Arbeiterrat: J. A. Koch.

Bergmannwerke Rosenthal. Die streikenden und ausgesperrten Kollegen der Bergmannwerke Rosenthal treffen sich heute, Donnerstag, 10 Uhr, im Streiklokal. Die Streikleitung.

Firma Raboma. Eämtliche Kollegen und Kolleginnen Donnerstag, früh 9 Uhr, im Streiklokal erscheinen. Die Streikleitung.

Siemens u. Halske Hiltbert. Die Betriebsversammlung am Freitag nachmittags 8 Uhr im Stadtpark. Arbeiterrat Richter.

A. G. O. Hennigsdorf. Streikende und Ausgesperrte, Freitag nachmittags 1 1/2 Uhr bei Bloße, Hennigsdorf Versammlung und Lohnzahlung.

Siemens u. Schudert, Antwert und Bahnhalle, Lohnzahlung Donnerstag, vormittags den 9 Uhr ab. Nähere Information im Streiklokal. Freitag, mittags 12 Uhr, Betriebsversammlung im Stadtpark (Jungfernhöhe).

Achtung!
Arbeiter-, Betriebsräte u. Funktionäre des Lebens- u. Gemüßmittegewerbes!

Am Freitag, den 3. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, findet in den Sophienböden, Sophienstr. 18, eine große Funktionärerversammlung statt. Näheres siehe Inserat.

Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre.

Am gestrigen Mittwochabend fand in den Kammerböden in der Kottbuser Straße eine hart besuchte Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre statt. Die vorliegende Tagesordnung: „Die Stellung der Betriebsorganisationen und der Gewerkschaften innerhalb des Rätesystems“ wurde abgelehnt. Zunächst wurde Stellung genommen zum Metallarbeiterstreik.

Genosse Wegmann führte aus, es gelte, mit aller Kraft die Revolutionen der Unternehmer zu durchkreuzen. Die ganze Proving blide auf Berlin, man sehe in der Berliner Arbeiterschaft die Kerntruppe des deutschen Proletariats. Wenn die Bewegung sich schloge, würde sie auf das ganze deutsche Proletariat rüberziehen.

Wendel (A. P. D.) erklärte sich nicht zufrieden mit Sympathieerklärungen. Richtig sei die Inangriffnahme einer Aktion zur Ueberwindung der Produktion.

Sowohl von Wegmann (U. S. P.) als auch von Wendel (A. P. D.) wurden Erklärungen zum Metallarbeiterstreik eingebracht, die einstimmig angenommen wurden. Der Leser findet sie unter der Behandlung des Metallarbeiterstreiks.

Darauf ergriff Jech (A. P. D.) das Wort zu Ausführungen über Sowjet-Rußland. Durch Krieg und Revolution, aber geschulte Hoffnungen auf das ungarische, das deutsche und das orientalische Proletariat sei das Wirtschaftslieben vollständig gerüttelt. Es fehle in Rußland an allem, die Arbeiter mühten hungern, es gebe keine Maschinen, keine Rohprodukte. Wenn das heutige Rußland kein kommunistisches Bild diene, sei das nicht seine Schuld. Rußland wolle 800 000 Arbeiter aufnehmen zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft. Das sei nur möglich, wenn die deutschen Arbeiter die deutsche Regierung mit allen Mitteln zwingen könnten, Beziehungen mit Sowjet-Rußland aufzunehmen, um einen Austausch der Produkte zu ermöglichen. Der Redner beantragte folgende

Resolution der A. P. D.-Fraktion.

Die Vollversammlung der A. P. D. Groß-Berlins beschließt unter Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Lage in Deutschland und im Hinblick auf die gesamte internationale Situation in eine Aktion zu Gunsten Sowjet-Rußlands einzutreten.

Es geht zunächst für die Arbeitlosen mit allen Mitteln die deutsche Regierung sofort zu veranlassen, die Forderung Rußlands, 800 000 Arbeitlose aufzunehmen, zu berücksichtigen. Das ist nur möglich durch offene und rückhaltlose Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Darüber hinaus muß die gesamte Arbeiterschaft in den Betrieben alles daran setzen, den gegenseitigen Austausch der notwendigen Produkte zu erzwingen. Eine solche Aktion muß sofort einsetzten und erweitert werden zu einer Aktion des internationalen Proletariats.

Berger (U. S. P. D.) erklärte sich mit der Resolution der A. P. D. einverstanden und begründete den regen nationalen Austausch der Arbeitkräfte. Es gehöre aber eine sorgfältige Auswahl der Arbeitsplätze und der Arbeiter selbst dazu, um die Verpflanzung der Arbeiter vorzunehmen. Er möchte deshalb Vorschläge hören, die einen gangbaren Weg zeigen.

Jech (A. P. D.) erwiderte: Die Resolution setze klar den Weg. Der Volksgesundheitsrat werde ersucht, in Aktionen einzutreten und die Aufnahme der Beziehungen mit Sowjet-Rußland zu erzwingen. Der Kampf gegen Sowjet-Rußland sei ein Kampf um den Rätegedanken. Die Russen sehten ihre Hoffnung nicht so sehr auf die Rote Armee, als auf die Aktionen des deutschen und des polnischen Proletariats, die eine Rückendeckung für sie bedeuten. (Lebh. Beifall.)

Die Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Bravo begrüßt.

Darauf sprach Herr Rich. Müller über die Stellung der Gewerkschaften und Betriebsorganisationen innerhalb des Rätesystems.

Die A. P. D. halte die Gewerkschaften nicht mehr für notwendig und wolle sie geschloegen. Die Unabhängigen bekämpfen sie und wollen die Gewerkschaften zu revolutionären Organisationen umformen. (Lebh. Beifall.) Gen. Müller schilderte die historische Entwicklung, wobei er von den Kommunisten durch Gelächter unterbrochen wurde. Er betonte nachdrücklich die Wichtigkeit des wirtschaftlichen Kleinkampfes, den die Gewerkschaften zu führen haben. Die Arbeiter hätten sich heute genau so wie früher gegen die Verschlechterungsmaßnahmen der Unternehmer zu wehren. Den Kampf für den Sozialismus könne nicht die Gewerkschaft führen, das sei Aufgabe des Rätesystems. Wenn man die Notwendigkeit des täglichen Kleinkampfes erkannte, müsse man auch die Organisationen anerkennen, die diesen Kampf zu führen haben, und das seien die Gewerkschaften. Zur einheitlichen Kampfführung bedarf es der schärfsten Zentralfunktion. (Zuruf: Auf dem Boden der revolutionären Betriebsorganisationen!) Die Frage, ob die Gewerkschaften innerhalb des Rätesystems einen Platz haben werden, sei bis zur völligen Durchführung des Rätesystems mit Ja zu beantworten. Müller wurde bei seinen Ausführungen fortwährend unterbrochen und es entstand lebhafter Unruhe im Saale. Gen. Müller wies noch, daß die geplanten revolutionären Betriebsorganisationen, wie sie die A. P. D. zu schaffen wünscht, sich in ihrem technischen Aufbau ebenfalls an die bestehenden Organisationen anlehnen mühten. Er stellte die Unmöglichkeit fest, einen großen Kampf einheitlich zu führen, wenn die Entscheidung in Betrieben liege. Wer den Austritt aus den Gewerkschaften propagiere, erbe, bessere Organisationen geschaffen seien, erweise der Arbeiterschaft einen schlechten Dienst. (Lebh. Beifall.) Darum: Nicht Verschlüssen der Gewerkschaften, nicht Heraus aus den Gewerkschaften! Das würde ja der Gewerkschaftsbureaokratie das Spiel erleichtern. (Lebh. Bravo!) Rein,

hinein in die Gewerkschaften!

(Bravo und Händeklatschen!) Die Gewerkschaften mühten zu neuen, umwälzenden Industrieverbänden gestaltet werden. Den so

einen Kräfte des Proletariats werde es möglich sein, den Kampf bis zum Siege des Sozialismus zu führen.

Wünter (A. P. D.) betonte die Notwendigkeit, den Kampf in die Städte der Produktion, in die Betriebe, zu verlegen. Die soziale Revolution trage nicht nach Kämpfen um 5 oder 10 Pf. Lohnerhöhung, sie stelle die Arbeiterklasse vor die Frage Kapitalistischer Staat oder Räte-Republik, Arbeit für den Kapitalismus, oder für die sozialistische Wirtschaftsordnung. Dafür kämpften die revolutionären Betriebsorganisationen. Die Revolution bringe ihr Hülfsgeld auf die Welt, aber die Werkzeuge brauche man nicht so viel zu diskutieren. Die revolutionären Betriebsorganisationen seien ein Aktionsherd für den revolutionären Klassenkampf. Die deutschen Gewerkschaften seien heute den Unternehmern lieb und wert. Soziale Reformen, aber nicht soziale Revolutionen werden von den Gewerkschaften gepredigt. Die revolutionäre Betriebsorganisation sei spontan aus dem Klassenkampf, aus der Praxis der Revolution geboren. Man könne nicht warten, bis die Unterempelung der Gewerkschaften vollzogen sei, bis dahin hätten selbst die Japaner eine Rätepublik. Die heutigen Räte seien nur leere Hüllen, sie müssen aus der Betriebsorganisation geboren sein. Der Redner rief die Aufforderung an alle, heranzutreten aus den entwicklungsfeindlichen Gewerkschaften. (Lebhafte Beifall.)

Von der A. P. D. wurde ein Antrag eingebracht, der die Aufhebung aller Beschlüsse forderte, die die Zugehörigkeit zu einer Organisation verlangen. Von einer Beschlußfassung in dieser Frage wurde Abstand genommen.

Reichskonferenz in der Elektroindustrie.

Die von den Arbeitern und Angestellten der Elektroindustrie Groß-Berlins eingesetzte Bausekretionskommission schreibt uns:

Keinmal war das deutsche Unternehmertum entschlossener und siegesicherer als jetzt, zehn Monate nach der Revolution. Wie gering der durch die Revolution angeblich so mächtig gehobene Einfluss der Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben in Wirklichkeit heute ist, davon kann jeder Betriebsrat, jeder Ausschuss liebevolle Dinge berichten. Nichts mag in dieser Beziehung anschaulicher wirken, als die Tatsache, daß von circa 400 Oblieten, welche den Angestelltenrat im April d. J. in Berlin (wie bürgerlich heißt) ein und das Mitbestimmungsrecht führten, nicht ein Drittel mehr in den ursprünglichen Betrieben tätig ist. Tatsächlich hat der Kapitalismus es verstanden, seine wankende Machtposition in kürzester Frist wieder so zu stärken, daß heute wohl die Diktatur des Proletariats eine Utopie, die Diktatur des Kapitalismus aber eine um so schmerzlichere Gewissheit ist.

Möglich war das dem Unternehmertum durch drei Dingen: Einheitsfrontstraffe Führung, Geschlossenheit in der Idee und im Willen, der den Wandsternmännern eigene Instinkt, drohende Gefahren rechtzeitig zu erkennen. Der daraus resultierende Wille hat das Unternehmertum unauffällig getrieben, sich eine derartig glänzende Organisation für das ganze Reich zu schaffen, daß man ihr unwillkürlich die Anerkennung nicht verweigern kann! Das ist die Ursache der Ueberlegenheit, welche die Gewerkschaften zu der, bald zur Tagesordnung gewordenen Erschöpfung der Arbeiterschaft erzwingt.

Und wir, was tun wir Höher, dem geeinten, zum äußersten Kampf entschlossenen Gegner ein Gleiches entgegenzusetzen? Wie rebeten!

Die Arbeitgeber haben bei weitem nicht so viele schätzensvolle Ansproben bei ihren Konferenzen gehalten, wie wir. Sachlich nüchtern erkannten sie nur! Dort steht der Gegner, das sind seine Schwächen, so müssen wir ihn anpacken! Und dem einstimmigen Beschluß folgte die einheitlich durchgeführte Tat.

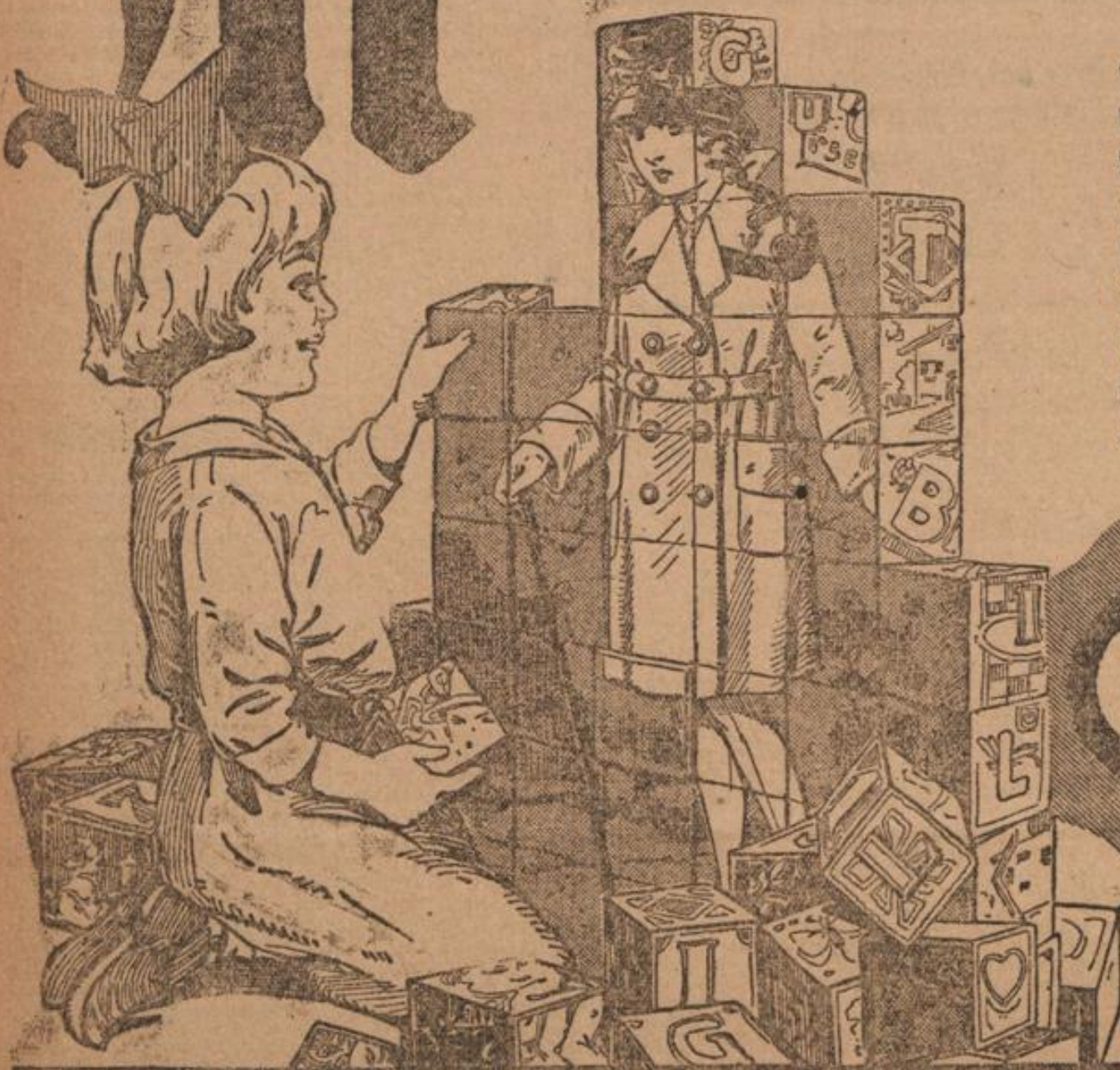
Das haben wir uns in der Elektroindustrie zum Vorbild genommen. In kurzer Zeit hat eine Bausekretionskommission in Berlin umfassende, grundlegende Arbeiten durchgeführt. In wenigen Wochen bereits dürfte der ganze Industriezweig erfasst sein, und dann geht es an seine Inventarisierung. Ein fast länderloses Arbeitsprogramm liegt vor. In vielen Orten, z. B. Berlin, Chemnitz, Stettin, München, Halle, schickt man sich an, danach zu arbeiten. Nun handelt es sich weiter darum, auf einer Reichskonferenz die Oblieten und Betriebsräte zusammenzufassen, um gemeinschaftlich das schwere Werk, die Schaffung einer Einheitsfront gegen die kapitalistische Reaktion, zu bewerkstelligen. Nicht die Stellungnahme zu einer Richtung des Sozialismus soll uns in der Reichskonferenz beschäftigen, auch nicht die Tagesfragen Lohn oder Tarif, Tarif oder nicht Tarif, also keine Gewerkschaftsfragen, sondern praktische Vorkarbeit zur Verwirklichung des Rätegedankens, Inventarisierung des deutschen Wirtschaftslebens, Zusammenziehung der Betriebs- und Bureauarbeiter. Gelingt es uns, auf dieser Plattform praktischer Arbeit die Elektroindustrie und auch die übrigen Produktionszweige Deutschlands zusammenzufassen, dann können wir der geschlossenen Phalanx der Unternehmer etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen zum Nutzen der einst so zukunftsreichen, stolzen, deutschen Arbeiterbewegung; dann ist auch das geschaffen, was uns am 9. November geschieht hat: ein lautes Programm, daß uns befähigt, mit den wichtigen Leuten am richtigen Platze den Sozialismus auf der Grundlage des Rätegedankens zu verwirklichen.

Arbeitskameraden in der Elektroindustrie, Bureau- und Betriebsarbeiter, Betriebe aller Orte Deutschlands, wählt und sendet eure Delegierten zur Reichskonferenz am 10.-11. Oktober nach Halle a. Sa. Frisch am Werk! Genossen, fordern sie umgehend weitere Unterlagen von der Berliner Bausekretionskommission, Adresse: Schäfer, Verlag S. O. 16, Hungerstraße 15. Die gesamte Arbeiterpresse aber wird um Nachdruck gebeten.

Boxkampf

zwischen
Noske und Scheidemann
Sieben Bilder in der
Freien Welt, Heft 20
25 Pfennig
Bei jedem Zeitungshändler zu haben

Mutti... den Mantel!



So werden gewiß die Kleinen rufen, wenn Sie mit ihnen unsere Kinderfenster betrachten. Und freudig werden Sie selbst einsehen, wie gewaltig unsere Auswahl auch in Kindermänteln jeglicher Art ist und wie leicht Ihnen der Einkauf durch unsere außerordentlich niedrigen Preise gemacht wird.

C & A

Königsstr. 33 Chausseestr. 113
Am Bahnhof Sigmaringen Vom Glöttner Bahnhof
Sonntags geschlossen!

Theater und Vergnügungen.
Volksbühne, Theater am Moritzplatz, Opernhaus, Schauspielhaus, Deutsches Theater, Hammerspiele, Königsplatz, Romdellenhaus, Berliner Theater, Lessing-Theater, Deutscher Künstler-Theater, Residenz-Theater, Das höhere Leben, Casino-Theater, Großstadt-Pflanzen, Trianon-Theater, Maskerade

Waldhalla-Theater, Wintergarten, Circus Busch, Der Lichtspielpalast Schweizer-Garten, Kino, Fortuna-Lichtspiele, Lepain, Hängezöpfchen

Schwarzer Kater
Schaubühne Moritzplatz
Das Riesen-Oktober-Variété-Programm
Anfang 8 Uhr
Sonn- und Feiertags: 2 Vorstellungen
3 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends
Nachmittags kleine Preise
Vorverkauf Sonntags zwischen 12-3 Uhr an der Taretkasse

Freie sozialistische Jugend Gross-Berlin.
Aktionbezirk Osten.
Sonntag, den 4. Oktober 1919, abends 8 1/2 Uhr, in den „Prachtställen“, Alt-Berlin, Blumenstraße 10
Kunst-Abend
Mitwirkende:
Franz Wenzler, Eva Martersteig (Theater „Die Tribüne“), Käthe Senckel-Pirschoel (Lieder z. Laute), (Kammermusikvereinsigung & Berl. Oper).

Vorsicht!
Bei der Firma H. Büttner, Wusterhausen Strasse 16, haben die Maschinenmeister und das Hilfspersonal wegen Differenzen gekündigt.
— Vor Konditionsannahme wird gewarnt. —

Berliner Möbelvertrieb
Spandauer Brücke 4/5
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Stüchen von 350 Mk. an
Zeitabgabe gefastet, Preisliste nebst in Sallo.

Theater am Moritzplatz
Prinz Ruckuck
Frei nach dem Roman von Otto Julius Bierbaum
Regie: Paul Leni
Ballett Charell
Vorverkauf 11-1 Uhr

Piano
bis 2000 M. sucht
Blick, Zionskirchplatz 1.

Platin Gramm 46 M.
Gebisse bis 850 M.
Zähne mit Platinstiften 2.60 bis 38 M.
Gold, Silber in jeder Form kauft
Frau Linke, Blücherstraße 40,
8 bis 8 Uhr. Portal II, II. Et.

Baustellen
Gemeinde Hellgensee a. Bahn-Schulzendorf
beste Anlage für Ersparnisse
mit nur
M. 500
Auszahlung und vierteljährlicher Abschaffung von
M. 100
Auskünfte u. Pläne an zur erste Reflektanten und zwar persönlich durch
Berliner Bodenverein
Friedrichstr. 158, I. Stock, Telefon Zentrum 1043.
An Ort und Stelle durch Hermann Jägerweg 1.

Platina Gramm 46 M.
Zähne mit Platinstifte 2,60-38 M.
Alle Gebisse bis 750 M.
Gold, Silber kauft
Frau Knuth, Zionskirchstr. 54, v. II
(Ecke Anklamer Straße und Brunnenstraße.)

Zigaretten
aus garantiert reinem orientalischem Tabak,
F-Bandrolle ohne Mundstück, 1000 Stück Mk. 225.—
Verkauf nur ab Lager.
M. Guttmann, Berlin O. 27, Alexanderstr. 22, 8-8 Uhr.

Die Beerdigung meines durch Unfall gestorbenen Mannes
Willy Turrak
findet am Donnerstag, den 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Nazareth-Kirchengemeinde, Fichteallee 10, aus statt. Um stillen Beistand bittet Frau Frieda Turrak selbst Kinder.
Berlin, Hennigsdorfer Straße 5.

Schmerzliches Gedächtnis zum Todestage.
Als Opfer des Weltkrieges starb am 2. Oktober 1918, nach 41-jähriger Erhebrungen und Strapazen an Lungenerkrankung, mein einzig liebgehabter unvergesslicher herzensguter Sohn, der Waffenmeisterschiff.
Alex Boppahn
im 38. Lebensjahr.
Deine untröstliche Mutter.
Ein einzig Schöne und ein einziges Erfüllte mich für deine Wiederkehr. Doch auch das Schicksal hat mich hart getroffen. Denn meine Augen sind nicht mehr mehr. Wartet ich und gut und glücklich mit mir.
meine Freude und mein Hoffungsstrahl. Nun liegt du fern von mir in ewigen Schlämmen. Und auch mein Leben ist jetzt eine Qual.
Deine untröstliche Mutter
Franziska Boppahn

Dankagung.
Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Einäscherung meines lieben Mannes und guten Vaters
Reinhold Welske
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Personal der Konsum-Genossenschaft Masbit und Charlottenberg, dem Verbandsrat der 27. Verbandsrat, dem Genossen Roth für seine lieben Worte und den Genossen und Genossinnen des 4. Wahlkreises hierdurch unsere aufrichtigsten Dank.
Annemarie Welske selbst Kinder.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung im Zeitungsgewerbe.

Vor Ablauf des Ultimatums haben die Unternehmer die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums angetragen, und dieses hat den Vorschlag gemacht, den Gewerkschaftsbund und die Hochgruppe mit beratender Stimme zu den Verhandlungen zuzulassen, unter der Voraussetzung, daß diese sich auf den Entwurf des Zentralverbandes festlegen.

Die Versammlung der Angestellten nahm gestern Abend zu diesem Vorschlag Stellung und stimmte ihm schließlich nach lebhafter Debatte zu, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Verhandlungen am 8. Oktober beginnen.

Kollektivabkommen für die Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen.

Für die Angestellten der Kriegsorganisationen ist nach längeren Verhandlungen ein Kollektivabkommen zustande gekommen. Demnach betragen die Monatsgehälter für: Abteilungsleiter R. 900—1100, Unterabteilungsleiter R. 650—850, erste Buchhalter u. s. w. R. 500—650, mittlere kaufmännische Angestellte R. 400—550, Kontoristen, Büroangestellte u. s. w. R. 250—400, Angestellte von 18—20 Jahren R. 200—300. Für technische Dienste: Abteilungsleiterinnen R. 650—800, Unterabteilungsleiterinnen R. 550—700, erste Buchhalterinnen R. 400—550, peripetische Stenotypistinnen u. s. w. R. 350—450, Stenotypistinnen, Sekretärinnen u. s. w. R. 250—350, Angestellte von 18—20 Jahren R. 175—250. Für Jugendliche unter 17 Jahren R. 185, von 17—18 Jahren R. 160. Nach 4½jähriger Tätigkeit erhöht sich das Gehalt bei männlichen um 20 R., bei weiblichen um 40 R., bei Jugendlichen um 20 R. Ferner erhalten die Angestellten am 1. Januar und 1. Juli jedes Jahres eine Gehaltserhöhung von mindestens 12, resp. 8 Prozent. Außerdem werden monatliche Steuerzuschüsse gewährt, für Unterabteilungsleiter 10 Prozent, für Abteilungsleiter 15 Prozent, für jedes Kind 5 Prozent des Gehalts. Schließlich gibt es noch eine Vermögensabsicherung in Höhe des letzten Monatsgehältes, die sich für 1919 um 500 R. für Betriebsleiter, 300 R. für Unterabteilungsleiter und 100 R. für jedes Kind erhöht. Eine sogenannte Abbau-Entschädigung wird allen infolge Abbaus der Kriegsorganisationen Entlassenen in Höhe des letzten Monatsgehältes gewährt, die nach Ablauf eines Monats noch keine Stellung gefunden haben, auch den bereits Entlassenen. Aus Geschäftsleitung und Angestellten wird eine sogenannte Personalgleichstelle geschaffen.

Der Vertrag wurde von einer Versammlung der Angestellten einstimmig angenommen.

Die Einheitsorganisation der Angestellten.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen, der Verband der Bureauangestellten und der Verband deutscher Versicherungsbeamten (Groß-Berlin) hielten am 29. September eine gemeinsame Mitgliederversammlung ab. Der Leiter der Versammlung, Kollege Bauer, hob einleitend hervor, daß diese Versammlung einen Markstein in der Geschichte der Berliner Angestelltenbewegung bilden werde.

Der Versammlung lag ein neues Ortsstatut zur Beschlußfassung vor. In einem kurzen Referat berichtete Kollege Koppe die neuen Wege, die an Hand des Statuts beschritten werden sollen. Die Grundlage der Organisation bilden die Betriebe. Diese werden zu Sektionen zusammenschlossen, während wiederum gleichartige Sektionen Hochgruppen bilden. Die Ortsabteilung werden in den Hochgruppen zusammenschlossen. Es sollen die Zeitungen der Hochgruppen und Sektionen in der Regel durch Kollegen besetzt werden, die als Betriebsräte das besondere Vertrauen ihrer Kollegen besitzen. Die Verwaltung der Organisation wird ebenfalls auf eine neue Grundlage gestellt. In der Aussprache wurden über den Aufbau der Verwaltung Gedanken erörtert. Es wurde aber schließlich die Annahme des Statuts beschlossen mit der Maßgabe, daß die Verwaltungsführer neuen beschließenden Mitgliederversammlung, die auf Grund des Delegierten Systems zusammenschlossen werden soll, das Statut zur endgültigen Zustimmung vorzulegen habe.

Bewegung der Textilangestellten.

Am Dienstag dieser Woche fand in den Kammerzimmern, Rathausstr. 2, eine nach Tausenden zählende Versammlung der Angestellten des Textil- und Großhandels statt, in welcher Stellung

genommen wurde zu dem bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen. Die Kollegin Weinberg vom Zentralverband der Angestellten ergriff den Verhandlungsbesitz. Als die seitens der Arbeitgeber vorgeschlagenen Gehaltsätze der Versammlung zur Kenntnis gebracht wurden, machte sie eine einmütige energische Ablehnung geltend, die sich zur Entziehung steigerte, als die Verhandlungen des Verhandlungsvorstandes, Dr. James Simon, mitgeteilt wurden. Es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die am 30. September 1919 verammelten Angehörigen des Textil-Großhandels erheben klärenden Protest gegen die verständnislose Behandlung ihrer Lebensfragen durch die Arbeitgeber, die den heutigen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung trägt und beauftragt ihre Verhandlungsführer erst mit den klärenden Mitteln vorzugehen. Sie erwarten innerhalb drei Tagen Bescheid, ob die Klärungsvorschläge als Grundlage zu weiteren Verhandlungen zu betrachten sind. Beharren die Arbeitgeber auf ihren abweisenden Standpunkt, so haben sie die Verantwortung für alle weiteren Folgen zu tragen. Die darauf folgenden Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Hugo Cohn, 2. Vorsitzender Karl Damer, Geschäftsführer Fritz Schmidt und Karl Dabitz, Schriftführer Margu Schlipf und Fritz Rader.

Es wurde dann eine Sympathieerklärung für die kämpfenden Metallarbeiter angenommen. Den Wortlaut der Erklärung haben wir bereits in der Donnerstag-Abendausgabe veröffentlicht.

Achtung, Bauarbeiter! Die des Mierens in der „Freiheit“ unter Vereinsleiter erschienenem König „Achtung, Tiefbau!“ geht nicht vom Deutschen Bauarbeiterverband, sondern von der Kreisliga ins Leben gerufenen Betriebsorganisation aus. Auf Grund vorliegender Organisationsbeschlüsse sehen wir uns verpflichtet darauf hinzuweisen, daß unsere Mitglieder beratenden Beratungen fernbleiben. Deutscher Bauarbeiter-Verband, Bezirksverein Berlin.

Achtung, Graphisches Gewerbe. Die Nr. 2 des „Graphischen Monats“ ist von den Vertrauensleuten am Donnerstag, den 2. Oktober, von 4½ bis 7 Uhr nachmittags, im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45, abzugeben.

Chemische Industrie und chemischer Großhandel. Die Vertrauensleute der chemischen Industrie und des chemischen Großhandels werden ersucht, sich heute Abend 8½ Uhr zu einer Vertrauensmännerziehung im Englischen Hof, Weißer Saal, Alexanderstraße 17c, einzufinden. Zentralverband der Angestellten.

Groß-Berlin.

Ausbreitungen von Bahnhofssoldaten.

Auf den Bahnhöfen soll die „Ordnung“ von Soldaten aufrechterhalten werden, die dazu besonders bestimmt werden. Man weiß nicht, wer diese Soldaten zu Gütern der Ordnung gemacht hat und nach welchen Grundsätzen dies geschehen ist. Aber soviel weiß ein jeder, daß die Soldaten fast durchweg höchst ungeeignet dafür sind, Ruhe und Ordnung zu stiften. Zahlreich sind die Klagen, die uns über völlig unnötige Belästigungen von Reisenden durch Bahnhofssoldaten täglich zugehen. Wir wollen nur einen typischen Fall, der die totale Unfähigkeit der Soldaten als Aufrechterhalter illustriert, herausgreifen.

Am Sonnabend wollten drei Zivilisten auf dem Stettiner Bahnhof einem Reisenden den Koffer abnehmen. Angeblich soll er ihnen früher einmal gestohlen worden sein. In den darüber entstandenen Streit mischten sich Soldaten der Bahnhofswache, die ohne jede Unterbrechung kurzerhand den Koffer beschlagnahmten wollten. Der Besitzer erreichte schließlich, daß zunächst auf der Wache die Herkunft des Koffers festgestellt werden sollte. Auf dem Wege dorthin erhielt er, der über die Belästigung und grundlose Hinderung seiner Reise beunruhigt war, wiederholt heftige Stöße von den Soldaten ins Gesicht. Ein Soldat hinstellte dem Reisenden dauernd mit einem geladenen Revolver unter die Nase und drohte mit Erschießen. Auf der Wache wurde er von allen Soldaten mit geladenen Gewehren empfangen und bedroht. Und das Resultat der

ganzen Aktion? Der angebliche frühere Besitzer des Koffers vermochte diesen nicht einmal näher zu beschreiben, wodurch der Sachverhalt für alle Beteiligten offenkundig war. Über merkwürdigerweise unterließ man es, die Namen des Sachwunders festzustellen.

Wohin soll es führen, wenn auf eine bloße Beschuldigung eines Menschen hin, Reisende eine derartige Belästigung und Reisebehinderung erdulden müssen. Der Vorgang ist wiederum ein Beweis, daß die Soldaten für einen solchen Dienst höchst ungeeignet sind.

Leider ist nicht zu erwarten, daß in dieser Beziehung bald eine Besserung eintritt, denn die Leitung des Berliner Volkzeitungsbüros zeigt ja bekanntlich nicht einmal den guten Willen, den Klagen ihrer Beamten entgegenzukommen und ungeeignete Sicherheitsleute auszuwechseln. Daß sie doch für die Presse, die pflichtgemäß Uebergriffe der Beamten kritisiert, nur Schimpf und Schmutz übrig läßt, das sind Zustände!

Er weiß von nichts.

Über die Zahlung der Kirchensteuer besteht nicht nur in Berlin eine große Unwissenheit, sondern selbst unter denen, die direkt Kirchenangehörige sind. Wir hatten kürzlich mitgeteilt, daß vor bis Ende September aus der Kirche austritt, vom 1. Oktober ab Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen braucht. Daraufhin schreibt uns Herr Pfarrer Risch aus Reichendorf an der Spree, daß der aus der Kirche Austrittende noch zwei Jahre Kirchensteuer zu zahlen habe. Damit beweist der Herr Pfarrer, daß auch er über die Kirchensteuer nicht orientiert ist. Bis zum Vorjahre bestand die Bestimmung, daß bei Austritt aus der Kirche Kirchensteuer bis zum Schluß des auf den Austritt folgenden Kalenderjahres gezahlt werden muß. Wer also im Laufe des Jahres 1918 aus der Kirche austritt, ob im Januar oder Dezember, mußte bis Ende Dezember 1918 Kirchensteuer zahlen. Dem ist ein Mißverständnis geschoben durch eine im Dezember erfolgte Verordnung der Regierung, wonach Austrittende nur das Halbjahr zu entrichten haben, in dem der Austritt erfolgt. Und diese Verordnung ist durch Beschluß der preussischen Landesversammlung bestätigt worden. Herr Pfarrer Risch muß deshalb nicht und, sondern sich selber berichtigen und obendrein dafür sorgen, daß auch in seiner Gemeinde nicht zu Unrecht von aus der Kirche Austrittenden Kirchensteuer verlangt wird.

Große Ostfleischhändler auf dem Flugplatz Adlershof in die Adlershofer Paläste auf die Spur gekommen. Auf dem Flugplatz Adlershof liegen noch immer viele Millionen Eier, die aus dem Besitz der ehemaligen Flugzeugmeister Adlershof stammen. Unter anderem befinden sich dort große Mengen besten Oeles für Flugzeuge. Diese Waren sind vom Reichsverwertungsamt einer Berliner Gesellschaft kommissionsweise zum Verkauf übergeben worden, die Firma erhält einen Nutzen von 15 Prozent für den geübten Verkauf. Dafür hat die Firma die Bewachung und Lagerung der Eier zu übernehmen. Ein Teil der unterliegenden Eierporträte im Werte von 60.000 Mark wurde bei einem Auktionskaufmann entdeckt, und es gelang den Radforschungen der Polizei, Wächter des Flugplatzes als Haupttäter zu verhaften. Während der Nacht wurden die Eier abgeholt, und die Wächter erhielten für ihre Hilfstellung je nachdem 500 Mark Schwelgereid.

20 Elternversammlungen. Die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins veranstaltet am Freitag den 8. Oktober, 7½ Uhr, 20 öffentliche Elternversammlungen mit dem Thema: „Eltern, schafft die weltliche Schule“. Die Versammlungen sollen im Angestelltem dieser Nummer bekanntgegeben. — Arbeitsstellen ersichtlich!

Freie Hochschulgemeinde für Profetieritz. Vom Freitag, den 2. bis einschließlich Mittwoch, den 8. Oktober fallen sämtliche Kurse der Genossin Winkelmann aus.

Tempelhof. Sonnabend, abends 7½ Uhr, in der Aula des Reichsanstalts, Kaiserin-Augusta-Str. 10, Kammermusikabend. Mitwirkende: Hermann Gredeswisch (L. Violon), Theresia Zepko-Schubert (A. Violon), Hermann Scherz (Cello), Gredeswisch (Kontrabaß), Kompositionen von Bach, Beethoven, Chopin, Liszt und Mendelssohn gelangen zur Ausführung. Karten à 1,50 R. in den Verkaufsstellen der Anstalt-Genossenschaft, im Rathaus Tempelhof und bei allen Begleitfahrern. Der Bildungsausschuß.

Jimmie Higgins.

Roman von Ripon Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Derynka zur Wästen.

So ging es ununterbrochen; Jimmie bogte im großen Saal umher, rotgesichtig und lächelnd, denn es war Sommer, und kein Aufbruch drang durch die Fenster des Vestibüls-Opernhauses; stand man auf der Höhe der Leiter, um Draperien zu befestigen, so lösten die Luft aus einem Badofen zu kommen. Doch mußten Draperien und Banner dennoch befestigt werden, sowie die große rote Fahne auf der Bühne, das Banner der „Pfeil“, das der Karl Marx-Bereichs, die Banner der Maschinen-Gewerkschaft, der Holzarbeiter-Gewerkschaft, der Arbeiter-Kooperationen. Und weil Genosse Higgins niemals das Recht der anderen, Befehle zu erteilen, angewiesen und diese stets mit vergnügtem Grinsen ausführte, gewöhnten sich alle daran, ihm die unangenehmen, änderen Arbeiten zuzuschicken.

Deute hatte er mehr zu tun, denn je; alle Mitglieder der sonst äußerst thätigen, zuverlässigen Deputations-Kommissionen waren vermisst, gingen einem Ameisenhaufen, in den eine Schaufel gestochen worden war. Die Allergrettesten verließen völlig, was sie zu tun hatten, sammelten sich zu Gruppen, besprochen die Nachrichten, welche das Aabel am Morgen gebracht hatte und die in den Morgenblättern veröffentlicht worden waren. Jimmie Higgins hätte gerne zugehört, doch mußte jemand die Arbeit verrichten; der heilige Abend kostete der Ortsgruppe fast dreihundert Dollars und mußte gut ausfallen, auch wenn die halbe zivilisierte Welt täglich nachsinnig geworden war. So flüchtete denn Jimmie geduldig auf die Leiter und befestigte die Draperien.

Als die Mittagszeit angebrochen war und die Mitglieder des Delegationskomitees heimwärts traten, fiel es einem derselben plötzlich ein, der Kollekturen könnte inzwischen mit den Büchern und Zeitschriften kommen, und niemand sei da, diese in Empfang zu nehmen. Deshalb wurde dem Genossen Higgins gestattet, über die Mittagszeit dazu-

bleiben. Es gab für dieses Vorgehen eine Entschuldigung — er gehörte nämlich dem literarischen Komitee an, wie er ja allen Komitees angehörte, wo es harte Arbeit gab — dem Flugblätter-Verbreitungskomitee, dem Komitee, das die Gewerkschaft interviewen und zum Kauf von Willethen aufzuern mußte, dem Komitee, das bei Meetings die Sammlungen veranstaltete. Zu jenen Komitees, die Ehren und Vergnügungen brachten, wie zum Beispiel das Empfangskomitee, gehörte er nicht. Doch wäre es Jimmie nie eingefallen, eine derartige Stellung anzustreben; er war ja bloß ein ungeschickter Nachhilfe, verknümmert und unterdrückt, mit schlechten Zähnen und groben Händen, ohne Talents und gute Manieren; zum Empfangskomitee hingegen gehörten ein Advokat, ein bekannter Arzt und der Sekretär der Teppichweber-Gewerkschaft; lauter aufgeleibete, gebildete Leute, die sich trefflich darauf verstanden, mit einem Kandidaten zu sprechen.

So blies denn Jimmie allein zurück, nahm die Literatur in Empfang, packte Bücher und Flugblätter aus und ordnete sie auf den Tischen; Genossin Wabel Smith, die Vorsitzende des literarischen Komitees, war, als sie vom Land zurückkam, mit seiner Arbeit äußerst zufrieden. Bald darauf erschienen die Mitglieder des „Deutschen Niedertrugs“, um noch eine Probe abzugeben. Genosse Higgins hätte sich gerne niedergesetzt und dem Gesange gelauscht, doch entdeckte unglücklich jemand, daß der Leim ausgegangen sei, und Jimmie bogte durch alle Straßen, bis er endlich eine Drogerie fand, die trotz des Sonntags offen war.

Als dann später eine Kuhspure eintrat, entdeckte er, daß er hungrig sei; er durchsuchte seine Taschen und fand siebzehn Cents. Da er weit von hause entfernt war, beschloß er, im nächsten Gasthaus bei Tom eine Tasse Kaffee und ellihe Bröden zu verzehren. Er fragte zuerst auszuweisen, ob man seine noch benötigte, und die Genossin Wabel Smith bat ihn, rasch wiederzukommen, da er ihr helfen müsse, die Flugblätter auf die Tische zu legen und Genosse Weichner seiner Bitte bedürfte, was auf der Bühne die Sessel zu ordnen.

III.

Wollte von dem Desbillier Opernhaus, in der Hauptstraße, besand sich das „Leins-Ges“, doch war dies ein „vornehmes“ Restaurant und nichts für Jimmie; als nächstes

kam das „Dijou Nikolobon“, das sich eines Pianinos erfreute; dann schritt man am „Von March-Schauspielhaus“ vorüber, welches ewig Ausverkauf hatte, sei es nun wegen eines Brandes oder eines Bankrotts. Neben diesem erhob sich „Dipkes Kinopalast“, auf dessen Mauer braune und gelbe Cowboys mit roten und gelben Jungfrauen in den Armen dahingaloppierten, an der Straßenecke befand sich „Harolds vornehme Kolonialwarenhandlung“. In allen Schaufenstern hingen Plakate mit dem Bild des Kandidaten und der Ankündigung, er werde am Sonntag Abend um acht Uhr im Desbillier Opernhaus über: „Den Krieg, dessen Ursachen und Verhinderung“ sprechen. Jimmie Higgins betrachtete die Plakate, freudiger Stolz erfüllte sein Herz, denn er, Jimmie Higgins, hatte die Schaufensterbesitzer mit vieler Mühe überredet, sie dort aufzuhängen.

Jimmie wußte, daß an diesem Sonntag in allen Städten Deutschlands, Oesterreichs, Belgiens, Frankreichs und Englands die Proletarier zu Millionen und Aberrationen zusammenkommen und gegen das rote Grauen des Krieges protestieren werden. Und aus Amerika wird der Ruf der neuen Welt zur alten hinüberdröhnen, wieh die Arbeiter auffordern, sich zu erheben, ihr Geschloße zu halten, das Verbrechen gegen die Menschheit zu verhindern. Seiner, Jimmie Higgins Stimme, würde niemand Beachtung schenken, doch hätte er gehoffen, die Stadtbeförderung einem Manne zuzuführen, der eine Stimme besaß und der es vermochte, dem Proletariat die Bedeutung dieser Weltreise zu erklären.

Der erwartete Redner war der Kandidat der Partei für den Präsidentenposten. Augenblicklich handelte es sich freilich nur um Wahlen in den Kongress, doch war nicht Mann so oft als Kandidat für den Präsidentenposten aufgestellt worden, daß ihm jedermann stets in dieser Rolle sah. Seine Wahlkampagnen währten sozulegen immer vier Jahre; er bewies das Land von einem Ende zum andern, und über die seine hüttere, brennende Leidenschaft geübt, zählten nach Millionen. Und nun wollte es der Zufall, daß der Kandidat in Nechwille seinen Vortrag am gleichen Tag hielt, da die Kriegsherrn und Geldherrscher Europas beschlossen, ihre Klauen zur Schlachtauf zu treiben. Kein Wunder, daß sich der Sozialisten dieser kleinen Provinzstadt ungeheure Aufregung bemächtigt hatte!

(Fortsetzung folgt.)

*) Young Peoples-Socialist-League of Leesville. (Sozialistische Vereinigung der Jugendlichen von Leesville.)

Lebensmittelmärkte.

Spanbau. Auf Feld 216 der Lebensmittelkarte von Donnerstag...

Aus den Organisationen.

Dieter Kreis, K. Dittich, Freitag abend 7 1/2 Uhr Mitgliederver...

Freitag, den 3. Oktober 1919, abends 7 Uhr, Mitgliederver...

Bereinskalender.

Zentralverband der Angehörten der Metallindustrie, Fach...

hauser Wiese 177a. B. ang. Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen...

Achtung! Sehr wichtig für alle Leser der "Freiheit"! Die Hebung der wirtschaftlichen Tätigkeit der weiblichen Jugend

Die tüchtige Hausfrau. Ein Buch, das die Hausfrau in allen Dingen der täglichen Arbeit...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Demontagestelle Berlin N. 54, Lindenstraße 89/90.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin, Städtische- und Gemeindebetriebe.

Facharzt Dr. Meynberg für Krankheiten der Harnorgane.

Achtung! Freiheit-Abonnenten. Speditionen - Änderungen.

Streikende und ausgeperrte Metallarbeiter Groß-Berlins! Auf mehrfache Anfragen teilen wir hierdurch mit...

Freitag, den 3. Oktober 1919, abends 6 Uhr in Drenners Schützen (Königsband) Große Frankfurter Straße 117.

Verbindung Groß-Berliner Kraftfahrerschulen bildet Kraftwagenführer aus.

Unsere bisherige Freiheit-Ausgabestelle ist von Brechtstraße nach Mühlenstraße 20, Eingang Florastraße, verlegt worden.

Musikperrte des Dynamowerks! Die Lohnzahlung findet am Donnerstag den 2. 10. in folgender Weise statt:

Achtung! Arbeiter Berlins! Die 15er Kommission und die Metallarbeiter über beschließen...

Bildungsausschüsse der westlichen Vororte. Winterhalbjahr 1919/20.

Achtung! Arbeiter-Betriebsräte. Arbeiter- und Angestelltenbetriebsräte, Funktionäre...

20 öffentl. Volksversammlungen am Freitag, den 3. Oktober 1919, abends 7 1/2 Uhr.

Unsere Bestsellertitel "Erich Falk" und seiner jungen Frau die herzerwärmende...

Funktionärerversammlung des gesamten Lebens- und Genussmittelgewerbes.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Köpenicker I. Pr.

PELZ-Waren en gros - Export Einzelverkauf.

Siedelungs-Bauten. Gr. Berlin. Betriebsräte und Vertrauensleute aller Berufe...

Spezial-Arzt Dr. med. Lommer. Besondere, Haut-, Frauen.

Kupferdrähte. Metalle. Rabel und Litzen für Anlagenbedarf.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Betriebsverwaltung Groß-Berlin.

Elektrische Motoren. Gleichstrom u. Drehstrom. Instandhaltung u. Schlichtung.

Botenfrauen. stellt sofort eine Spedition Leder Marktstraße 28.